

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
39 (1925)**

**14 (17.1.1925)**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-512993](#)

# Republik

Preis 10 Pfennig

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 1.-60 Goldmark frei Haus, für Abnahme von der Express-Linie (Peterstraße Nr. 76) 1.-50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat - 1.-50 Goldmark. --

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76  
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Küstringen, Sonnabend, 17. Januar 1925 • Nr. 14

Reaktion: Peterstraße 76  
Fernsprecher Nr. 58

## Das Kabinett der Herausforderung.

Luther und seine Lutherner. - Das Ende des Kuhhandels. - Die Rolle des Zentrums.  
Versöhnungsfeinde als Reichsminister. - Ein Protest der christlichen Gewerkschaften.

(Berlin.) (Eigenmeldung.) Der Kuhhandel ist am Donnerstagabend glücklich beendet worden! Die Deutungskräfte versöhnen auf die positive Vertragsformel und beginnen sich mit einer Billigungserklärung. Das letzte Hindernis war damit überwunden, so daß sich Dr. Luther gegen 7 Uhr abends zum Reichspräsidenten begeben und um den offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung bitten konnte. Die Bürgerbladegesetzgebung, gleichzeitig ein Kabinett der Interessen des Bezirks und des puschifistischen Bismarck-Bundes, fest wie folgt zusammen:

Reichskanzler: Dr. Luther.  
Innenministerium: Stresemann (D. A.), M. d. R.  
Justizministerium: Schiele (D. A.), M. d. R.  
Bau- und Handelsministerium: Reichenau untersteht, Ministerialdirektor a. D.  
Arbeitsministerium: Braun (Stv.), M. d. R.  
Reichsbeamtenministerium: Gehler (Dem.).  
Polizeiministerium: Stigl (Soz. Ap.).  
Verkehrsministerium: Borsig unbekannt.  
Gründungs- und Landwirtschaftsministerium: Westerhuis (Zent.).  
Justizministerium: Oberstaatsanwalt Schumacher (Zent.). M. d. R.

Leider wird auch voll das Reichsministerium der bestreiten Gebiete übernommen. Die Verhandlungen über diese Frage und auch über die Beisetzung der noch freien Ministerien schwelen noch.

(Berlin, 16. Januar. Radiodienst.) Die gesamte Rechtspreche ist in ihren heutigen Frühmorgengeschenken von einer ausgedehnten Regierungsbefreiung gespielt. In allen Spalten verläuft man, die Regierungspartei zu spielen. Völlig betrogen fühlt sich das Zentrum. Es meint, was die Stunde schlagen hat und daß die Revolution seiner eigenen Mitglieder im Lande beginnt. Die "Oermannia" bringt daher heute morgen einen offiziellen Rücktritt über die überwundene Kritik. Es ist dieser Artikel aber klar und deutlich den Mitgliedern gegenüber die Befreiung der augenblicklichen Zentrumszeit. Es heißt in ihm zum Schlus: „Durch die Teilnahme eines Fraktionsmitglieds und eines Parteimitgliedes, dem besonders die rheinischen Arbeiter im neuen Kabinett anvertraut werden sollen, läßt sich die Reaktion nicht gebunden an das Kabinett. Sie wird die Erfahrung der Regierung abwarten.“ Die Partei ist, von ihrer ehemaligen außenpolitischen Linie absehend, in erster Linie Verhandlungspartei und dieser Charakter kann durch keine irgendwie gerechte Teilnahme an einem Regierungsaufbau verändert werden.“ Die volksparteiliche „Zeitung“ sieht in der neuen Regierung ein Maß mit „der Staatsabjektion“. Sie weiß zu erzählen, daß eine Phase ihrer Abschluß gefunden hat, die die Deutsche Volkspartei schon vor einem Jahr kommen seien.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der mit der Kabinettbildung betraute Reichsminister Dr. Luther hat neben anderen Verbindlichkeiten auch den Ministerialdirektor a. D. Reichenau als Mitglied seines Kabinetts in Aussicht genommen. Wir halten es für unsern Pflicht, den Herren Reichspräsidenten darauf hinzuweisen, daß Ministerialdirektor Dr. Reichenau seinerzeit nicht nur den Kabinettvertrag verweigert hat, sondern auch als Erstes vor dem Reichspräsidenten des deutschnationalen Jugendbundes die Verhandlung zwischen dem späteren Kabinett und dem Generalstab Lubendorff vermittelte und soke an den berühmten Reichsbrand des DRK am 24. Juni 1922 ausgetragen war, auf dem Günther als Rektor des Rathauses gefeiert wurde.“ (Beweismaterial: Amstädter Telegramm des Rathaus-Drucks)

Die Kenntnis dieser Tatsache dürfte zur Beweisführung des Vorschlags gebrachten Ministers der Republik genügen.

(Köln, 16. Januar.) Führende Zentrumspartei, beson-

ders die Vertreter der Gewerkschaften, veröffentlichten heute in der Deutungskräfte folgende Erklärung: „Die Entwicklung der Kabinettbildung erfüllt die sozialistische Arbeitnehmerchaft mit größter Sorge. Aus Berlin verlautet, daß die Regierung eine Kabinettsgesetzgebung, um noch nicht einmal eine verschleierte, ist. Das bedeutet die Verhinderung der unauflöslichen sozialen Kämpfe um die Arbeitszeit, das Lohnproblem und die Freiheit. Von der Steuerverteilung geht nicht zu sprechen. Der Wille, die sozialen Kämpfe in Ungerechtigkeit zu ungünstigen Arbeitsbeamten auszutragen, wird durch die jetzt vorgesehene Regierungsbildung hörbar noch als blinder offenbar. Darum sieht die sozialistische Arbeitnehmerfront das weniger, das in der Vergangenheit erreicht wurde, hart gefährdet. Derart verlaufen, da durch die Verhältnisse in Deutschland augenblicklich Friedens- und annehmbare Menschenrechte der Arbeitnehmerfront sich entwideln könnte, ist völlig erschüttert. Die jetzigen Erfolge einer Regierungsbildung kommen einer Herausforderung an, die leicht und sind für die Aussetzung der Maßnahmen weiter Arbeitsverträge eine gefährliche Spur. Diese Regierung wird nicht den inneren Frieden bedeuten.“

Die Worte wird man nur voll unterschreiben können, die Arbeitnehmerheit hat alle Ursache, der neuen Regierung mit dem grütesten Misstrauen zu begegnen.

(Paris, 16. Januar. Radiodienst.) Die heutige Pariser Morgenpost ist sich in allen Schätzungen einig in der Ablehnung der neuen deutschen Regierung. Die Kommissionen der gesamten Morgenpost sind von ungewöhnlicher Schärfe.

(Amsterdam, Niederlande.) Die gesamte niederländische Presse befürchtet die Einführung der Regierungskräfte durch die Bildung eines sogenannten „Superparteilichen“, in Wirklichkeit eines Reichsministeriums, als überworfenes verhältnismäßig für die innen- und außenpolitische Lage des Deutschen Reiches und darüber hinaus als ein neues Hindernis für die politische Entwicklung in Europa.

## Zentrumschwanken in Preußen?

(Berlin, 16. Januar. Radiodienst.) Der preußische Landtag wird heute die Abrechnung der Regierungskräfte beginnen. Zentrum und Demokratie fordern heute normalen, doch sie sind noch vor, an ihrer bisherigen Aufstellung festzuhalten. Wie lange ist allerdings eine andere Frage. Innerhalb der Sozialparteien beginnen sich nämlich doch schon unangenehm wirksame Differenzen zu entwickeln, über die das Zentrum durch die „Welt“ folgendes entdeckt: „Es liegt auf der Hand, daß unter den jungen Sozialparteien eine gewisse Spannung zwischen dem Zentrum und die sozialistische Stellung einnimmt. Jede Partei, die ihres ehemaligen Verantwortung übernommen hat und führt einen parlamentarischen Arbeit in Aussicht des Staatsgebäudes weiter, muß dies das nachdrücklich tun. Wir nehmen an, daß die Sozialparteien für diese Zeitrage des Zentrums in Preußen das nötige Verständnis aufbringen werden. Das Hindernis auf unsere kulturellen Fortschritte müßten wir von den auftretenden Parteien und allen Kreisen bei Erhaltung der gesetzten Ziele unterstellt werden...“

— Der langen Rede hinter Sinn: Heft und zur Belebung des Kultusministeriums! Und dann?

Am Donnerstagabend wurde die Debatte des bürgerlichen Landtags über das Konkordat beendet. In nomineller Abstimmung wurde das Gesetz mit 73 gegen 52 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten 24 Sozialdemokraten. Die Afrikaner war also vollständig, 7 Kommunisten, 2 Demokraten, 15 Bölkische und die Abgeordneten Bütter, Hollwiger und Rößler von der Deutschen Volkspartei.

In dem Prozeß gegen die Württemberger Bütter wurden am Donnerstag die Berichtigungen der Angeklagten fortgeführt.

## Ein Freispruch in Mainz.

(Wolfsburg aus Mainz.) Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz fand die Verhandlung gegen denstellvertretenden Bahnhofsvorsteher des Bahnhofs in Mainz, Borsig, und den Eisenbahndirektor Karl Gies statt, die unter der Anklage standen, das Eisenbahnabgleis 61 im Mainzer Tunnel am 1. Oktober vorigen Jahres verdeckt zu haben. Nach Verlesung des Angeklagtenbuchs gab der Staatsanwalt bekannt, daß infolge des vom französischen Parlament am 2. Jan. 1922 beschloßenen Amnestie 3 Angeklagte freigesprochen werden müssen. Borsig sei deshalb außer Verfolgung gestellt. In der Verhandlung gegen Gies erklärte Regierungskommissar Morath, der Angeklagte Gies sei zu entschuldigen, da in dem verdeckten und verqualmten Tunnel eine Sicherung überhaupt nicht möglich sei. Der Angeklagte wurde nach längeren Ausführungen des Verteidigers freigesprochen.

## Schulpolizei als Revolverschießer.

In Berlin gerieten die beiden Brüder Bruno und Friedrich Fischer an der Ecke Gäßelstraße u. Dorfkirche mit drei angekündigten Schulpolizisten, die sich in Zivil befanden, in einen Wortwechsel, in deren Verlauf die Schulpolizisten ihre Dienstwaffe zogen und den einen der beiden Brüder gegen die Brust schossen und den anderen durch einen Armstich leicht verletzten. Darauf ergingen sie die Flucht. Der Reichsgericht verfolgte sie in einer Autozugsfahrt und ließ sie durch eine Schulpolizeikette schließen. Bei ihrer Verhaftung gaben sie an, in Rotwein gehandelt zu haben.

## Mädchenabschaffung in Beuthen.

(Wolfsburg aus Beuthen.) Vor dem hierigen großen Schöffengericht fand gestern und heute ein Menschenabschaffungssprozeß statt, in dem zwölf Angeklagte darunter eine Mutter und eine Beuthener Bürgerfrau und zwei Schulpolizisten gegen 20 Zeugen zu verantworten hatten. Den Angeklagten wurde die Tötung des Reichsgerichts verübt. Der einzige Angeklagte kam bis zu 50 Jahre in Petendo. Der Schulpolizist wurde freigesprochen. Die Strafe wurde als Verdeckung vorgeworfen. Geständnis schafften sie nicht, sich zwischen 1. und 2. Jahren Gefängnis. Die Kosten wurden wegen Verleumdung zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt, unter Absehung des Rechtes zur Verleumdung öffentlicher Rechte. Der Bürgerfrau, die zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, wurde zugestellt, daß sie mit der Verleumdung der Gefängnisstrafe verhindert wird, wenn sie innerhalb von 3 Monaten eine Summe von 300 Goldmark vom Schatzkasten vollaufge.

## Diraktion eines schlaichen Kindermordes.

Das Schwurgericht Beuthen in der Oberpfalz hatte seinerzeit den fast 60 Jahre alten Bauer Seitzer zum Tode verurteilt. Der Mann hatte seine eigenen sechs Kinder im Alter von 5 Wochen bis 10 Jahren durch Gift und Nahrungsuntzug ums Leben gebracht. Das Reichsgericht hatte die Verurteilung des Richters verworfen, und auch die bayerische Staatsregierung hat von ihrem Begegnungskreis keinen Gebrauch gemacht. Gestern wurden in Hof des Landgerichtsgerichtsbezirks Weiden die Diraktionen Heitlers durch das Gericht vom Schatzkasten vollzogen.

Rassegen-Grundpreise: Willim-Zelle o. deren Raum für Rüst-Winkelstaben und Umgegend sp. Familienangelegen SP. für Anzeigen ansod. Infanterie 120,-. Reklame 8. Willim-Zelle lokale 30 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Plakatverhältnisse - - - unverbindlich

Die Verfälschung der Volksmeinung.

Es dürfte in der ganzen Welt kaum ein Land mit einem parlamentarischen Regierungssystem geben, in dem die mit dem Parlamentarismus verbundenen geschriebenen und ungeschriebenen Rechte so verfälscht werden wie in Deutschland. Bei uns zu Lande kennt man nur Toleranz, wie dem Besitz gilt. Sie ist hinfällig, sobald die Arbeitnehmerkraft von ihr Vorteile haben könnte.

Die Geschichte der letzten Wochen liefert dafür die besten Beweise. Am 7. Dezember hat sich die deutsche Bevölkerung für einen entschiedenen Linkskurs ausgesprochen. Die verfaßungstreuen Parteien gewannen mehr als zwei Millionen Stimmen, während die Rechtsparteien, insgesamt genommen, eine verhältnismäßig beträchtliche Einbuße erlitten. Die Konsequenz dieses Wahlausganges wäre die Bildung einer Regierung auf republikanischer Basis gewesen. Was aber geschieht? Den Willen des Volkes beantwortet man mit der Bildung einer Rechtsregierung! Es muß festgestellt werden, daß diese Verfälschung der Volksmeinung nur möglich werden konnte durch die Haltung der Zentrumsfraktion. Sie hat ihren Reichskanzler Marx geopfert, angeblich aus Gründen des Bernunkt. Aber diese Vernunft war nicht vorhanden, als das Zentrum der Sozialdemokratie, und das in das Gros der Arbeitnehmerkraft im Reich, Gelegenheit geben sollte, mit ihr gemeinsam die Verantwortung für die zukünftige Politik zu tragen. Dieses „Opfer“ brachte man lieber dem Besitz, selbst auf die Gefahr hin, daß die „bewährte Politik“ des Reichskanzlers Marx auf dem Spiel steht. 111 Deutungskräfte waren dem Zentrum im Reiche lieber als 131 Sozialdemokraten und 31 Demokraten. Stein zweifel; die jetzige Haltung des Zentrums steht im Gegensatz zu dem Willen der Bürgerschaft. Die Sozialdemokratie ist dagegen bereit, diesen Willen Rednung zu tragen und nicht zuletzt deshalb rüstet sie zur schärfsten Opposition gegen die in starrem Mohe deutschnational beeinflußte und der Volksmeinung nicht entsprechende Regierung.

Die Sorge des neuen Reichskanzlers um diese Opposition der Sozialdemokratie ist verständlich und wir möchten hinzufügen, auch berechtigt. Es hat gar keinen Zweck, so wird uns heute aus dem Reichstage gefüllt, wenn er bei unserer Fraktion um gut Wetter bitten läßt und zur Befürigung der Arbeitnehmerkraft die Abstimmung gemeinsam mit dem Reichsarbeitersminister schon in den nächsten Tagen eine Verfügung über die Wiederherstellung des Achttundertstandes in der Güterindustrie zu erlassen. Diese Verfügung halten wir für eine Selbstverständlichkeit, und wir denken deshalb gar nicht daran, uns ihr zu Liebe in der beabsichtigten Opposition auch nur im geringsten zu befrüchten. Alles Zureden, die wunderbare Verbreitung und das schöne Programm kann uns nicht reizen. Wir sind von vornherein überzeugt, daß die Programmführung der Reichsregierung doch nur als ein Stück Papier zu betrachten ist und von den deutschnationalen Ministern auch als solches betrachtet wird. Die Vergangenheit des Deutungskräfte gibt uns zu dieser Auffassung allen Anlaß. Sie hat die Welt und unser Volk zu oft belogen, als daß man ihr und ihren Vertraulichkeiten in der Regierung im In- und Auslande auch nur den geringsten Glauben schenken könnte. Erst am 29. Aug. 1924 haben wir erfahren müssen, was von allen deutschnationalen Zuständen eigentlich vorgenommen wurde. Versprechungen zu halten ist, und was erleben wir jetzt? Die Verleumder des Reichspräsidenten schämen sich nicht, sich von dem fortgesetzten verhassten Republikaner und Sozialdemokraten Ebert mit der Ministerwürde betrauen zu lassen. Sogar der „Eid“ auf die republikanische Verfassung, die sie bis auf den heutigen Tag befohlen haben und die sie trost aller Eide auch weiter befohlen werden, ist ihnen die Butterkrise wert.

Gegenüber diesen „ehrenhaften“ Männern „nationaler Couleur“ fallen vor eine abwartende Stellung einnehmen! Kein Gedanke daran! Unsere Stellungnahme ist gegeben durch die Zusammensezung der Regierung. Sie ist für uns Programm genug, so daß wir auf die papierne Erfahrung, die am heutigen Freitag abends um 8 Uhr im Reichstag steigen soll, gern verzichten. Oder ist eine Regierung, in der Söldlinge der „Organisation Conful“ und intellektuelle Urheber des Rathenau-Wordes sitzen, nicht Programm genug? Unter Bedarf an Zusätzen durch Herrn Dr. Luther ist jedenfalls gedacht. Er wird von der Sozialdemokratie bald eine Antwort, vielleicht auch einen Entschluß erhalten.

Im französischen Senat wurde am Donnerstag bei bisheriger Präsidentschaft de Seine, der Randsitz der Ministergruppe, mit 167 Stimmen wieder gewählt. Der von der demokratischen Linken gebildete Gegenkandidat Bienvielle-Marien verlor mit nur 122 Stimmen auf sie zu verlieren.









Sonnabend, 17. Januar

7.50 Uhr abends, im  
Wilhelmshav. Gesellschaftshaus".

# Grosse Schlesier-Maskerade!

Wintersport im Riesengebirge! Rodelfahrt durch die Rübezahlenschlucht!

2 Musikkapellen.

Karten bei den Handelsleuten  
Schönhauser Str. 37, Scholz,  
Müllerstr. 37 und im Hotel**Deutscher Metallarbeiter-Berband**Wilhelmshavener Blätter.  
Mitgliedern unterblieben  
Mitgliedern zu gestatten,  
17. Januar, vorne von  
9-12 Uhr, die Unter-  
richtungen an die Mit-  
glieder der Abteil. A u. B  
mit dem ungeraden Re-  
von 1 bis 10 auf Zus-  
gaben gelangten.Für die übrigen Be-  
zugsberechtigten mit den  
getroffenen Jahren 218418  
der Abteil. A u. B erfolgt  
die Auszählung Sonnabend,  
24. Januar, vorne von  
9-12 Uhr.Das Bezugsergib-  
lung wie bisher an den  
Vormittagen während d.  
Ratstunden zur Aus-  
zählung.

Die Kreisverwaltung.

**Veranstaltung**Sonnabend, d. 17. Jan.,  
Abend 8, im Augustiner  
Klosterhof. Der Vorstand.

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364

364